

Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbblatt und Anzeiger).

Zeitungsmagazin
Tageblatt, Riesa.

Amtsblatt

nr. 20.

für die Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, das Königl. Amtsgericht und den Rat der Stadt Riesa,
sowie den Gemeinderat Gröba.

Nr. 170.

Mittwoch, 25. Juli 1917, abends.

70. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorabzahlung, durch unsere Rediger freil. Haus oder bei Abholung am Schalter des Zeitungsverkaufes. Anzeigen für die Nummer des Ausgabedates sind bis 10 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für spätere höhere Nachkosten- und Vermittelungskosten 20 Pf. Preis für die 48 mm breite Grundfläche (7 Säulen) 20 Pf., Octopus 15 Pf.; zeitungsbetreibend und in vollständiger Saal entnommen gerät. Zahlungs- und Entnahmestelle: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsszeitung "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Riesa oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Motorisationsbetriebs und Verlag: Dangler & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 50. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Hänel, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Die Bekanntmachung der Königlichen Amtshauptmannschaft vom 16. April 1917 — 585 E —, nach welcher die Saatfrist in diesem Jahr wegfällt, scheint hier und da die Ausführung erweckt zu haben, doch überhaupt nicht gefordert wurde. Dies ist ungutstellend, Vorförderungen finden statt.

Wenn angekündigte Bullen zum Decken verwendet worden sind, so ist dies unzulässig und strafbar.

Die Ortspolizeibehörden haben dem entgegenzutreten und Anzeige anhängen zu erstatzen.

Großenhain, am 23. Juli 1917.

594 E. Die Königliche Amtshauptmannschaft.

Unter den Pferden des Gutsbesitzers und Handelsfleischers Reinhold Nicol aus Mehltheuer ist der Hengst erloschen.

Großenhain, am 23. Juli 1917.

2274 E. Die Königliche Amtshauptmannschaft.

Maßnahmen zur Bekämpfung der Erdraupe.

In Teilen des Bezirks ist die Erdraupe verheerend aufgetreten. Sie frisst an den Wurzeln, Knollen und Blättern der Kartoffeln und Hülsen, nachts und in der Morgendämmerung und auch an trüben Tagen. Tagsüber hält sie sich in der Regel in der Nähe der Erde-Stelle, nachts unter der Erde verborgen.

Um sie zu bekämpfen, müssen die Felder — durch Kinder und freiwillige Helfer — abgesucht werden. An den bestreiften Pflanzen wird die Erde mit angelegten Holzstäben leicht aufzuwühlen sein, um die Raupen hervorzuholen, die am besten in mitgeföhrteten Waschgefäß gesammelt werden. Auch ist das Einbreiten von Hüben und Enten in den zeitigen Morgenstunden in die belasteten Felder zur Bekämpfung zu empfehlen. Um ein Vordringen der Raupen zu verhindern bzw. zu erschweren, ist es angezeigt, die belasteten Felder mit einem steilwandigen Graben zu umziehen. Die Gräben werden öfter nach den Raupen abzuholen sein.

Ein Ausstreuen von Kainit und Kalk ist zwecklos. Die Grundstücksbesitzer, auf deren Feldern die Raupen auftreten, haben die vorgeschriebene Bekämpfung vorzunehmen. Die Herren Gemeindevorstände wollen sich die Durchführung des Vorstehenden angelegen sein lassen.

Großenhain, am 25. Juli 1917.

E. Die Königliche Amtshauptmannschaft.

Frühkartoffelverkauf betr.

Das Aussetzen der Kartoffeln zum Verkauf ist bis auf weiteres verboten. Der Höchstpreis von 10 Mark für den Zentner bleibt bestimmt bis 7. künftigen Monats, vielleicht auch noch darüber hinaus, bestehen.

Großenhain, am 25. Juli 1917.

1683 E. Die Königliche Amtshauptmannschaft.

Der Mühlensbetrieb des Mühlensitzers Friedrich Gustav Jenichen in Pahrenz ist auf Grund von § 58 Absatz 1 der Bundesratsverordnung über den Verkehr mit Brotgetreide und Mehl vom 29. Juni 1916 bis auf weiteres geschlossen worden.

Großenhain, am 19. Juli 1917.

Der Kommunalverband.

Die deutsche Antwort an Lloyd George.

Die "Röda. Atg." schreibt: Lloyd George hat in der Londoner Guildhall an derselben Stelle, wo er am 28. Juli 1908 die Notwendigkeit einer starken Rüstung für das durch Frankreich und Rußland übermäßig gefährdeten Deutschland anerkannte, eine neue Rede gehalten. Den äußeren Anlaß dazu bot die Jahresfeier der belgischen Unabhängigkeit. Ihrem Wesen nach ist die Ansprache aber vor allem eine Erwidерung auf die Reichstagsrede des deutschen Kanzlers vom 19. Juli, mit der Einschränkung freilich, daß der britische Ministerpräsident den ihm unzureichenden Stellen des Kanzlers vorliebig ausweicht.

Nicht weniger als dreimal will er sie zwar gelesen haben, um irgendetwas in ihr zu finden, woraus er Hoffnung für das Ende des blutigen Romosov schöpfen könnte. Trotzdem erwähnt er mit keinem Wort, daß er sich in Lieber-einstimmung mit der von dem englischen Staatsmann ebenfalls unerwähnt gelassenen Resolution der Mehrheitspartei klar und deutlich für einen Frieden des Ausgleichs und der Verhandlung ausgewiesen hat.

Bei der Sorgfamkeit, die Lloyd George ausdrücklich für sich in Anspruch nimmt, kann das unmöglich ein Zufall sein. Es bleibt also nur die Folgerung übrig, daß der britische Ministerpräsident keinen Frieden der Verbündigung will.

Im Erstaunen seien kann uns das nicht. Hat doch gleichzeitig fast sein Kollege Carson erklärt, daß England erst dann an Friedensverhandlungen denten könne, wenn unsere Truppen sich hinter den Rhein zurückgezogen hätten, und ist doch ferner bis zum heutigen Tag die von der Berliner "Tagwacht" am 18. Juni gebrachte Entpülzung unverhohlen geblieben, daß Frankreich sich unter Englands Zustimmung von den Russen durch einen Geheimvertrag die Oberhoheit Elsaß-Lothringens, des Saar-Gebiets und der sonstigen ihm erwarteten Teile der Rheinprovinz habe zusichern lassen.

Wenn England sich von einem Frieden diese Vorstellung macht, dann kann man es freilich begreifen, daß Lloyd George in der Nähe des deutschen Kanzlers sein Zeichen von Friedensbereitschaft entdeckt haben will.

Vielleicht wird aber auch jetzt überall da, wo man noch Sinn für Billigkeit hat, das getreute Verständnis dafür erwachen, daß der Reichskanzler keineslei Zweideutigkeiten in seine Worte gelegt, sondern nur eine selbstverständliche Wirklichkeit erfüllt hat, wenn er betont, daß die Sicherung der deutschen Grenzen beim Friedensschluß eine unabwissbare Notwendigkeit bedeutet.

Die "Westminster Gazette" zur Rede Lloyd Georges.

Dem "R. R. C." wird aus London gemeldet: Die "Westminster Gazette" sagt, daß die Antwort des Ministerpräsidenten an den Kanzler des Deutschen Reiches folgendermaßen zusammengefaßt werden könnte:

"Wir und unsere Bundesgenossen sind bereit, zu einem Frieden mit einem freien, unabhängigen Deutschland, dem wir vertrauen können. Aber wir können die Zweideutigkeiten des Deutschen Reichstags nicht als ein ehrliches Angebot annehmen. Wenn wir von Zweideutigkeiten sprechen, sagt das Platt, dann wiederholen wir nur die deutsche Auffassung. Seit Donnerstag legen sämtliche deutschen Blätter die Rede auf eine Weise aus, die ihnen selbst am besten paßt."

Lloyd George über die Kriegsziele der Entente.

Den "Daily News" zufolge wird Lloyd George am 4. August eine Ansprache halten und darin so scharf wie möglich die Kriegsziele Englands und der Alliierten umschreiben.

Der große Sieg im Osten.

Von einem militärischen Mitarbeiter wird uns geschildert:

Die Erzwingung des Serethüberganges südlich Tarnopol sichert nicht nur die linke Flanke des deutschen Stoßüngels, sondern bringt die russischen Truppen in schwere Gefahr, die jetzt noch westlich der Sława-Lipe und zwischen ihr und dem Sereth sich rückwärts wälzen. Schon jetzt müssen in diesem Gebiete zwei Rückzugsrichtungen aufeinander stoßen: eine, die von Norden nach Süden, eine andere, die von Westen nach Osten geht. Es scheint, als ob die feindlichen Truppen hier in vollzelter Jagd solitär und aufgelöst durcheinanderstreifen. Das Bild einer nicht mehr auszuhaltenen Katastrophe. Da muß sein Heer in erster Linie auf den gewaltigen Koch des russischen Heeres ausüben, der nun massenhafte in unsere Hände fällt und damit diesen Schlag doppelt schwer macht.

Der Versetzungsstoß bei Trembowla, 28 Kilometer südlich Tarnopol, hat das Verhängnis nicht auslösen können, schon ist auch Halicz zurückgewonnen und damit das Ostufer der Donau, schon stehen wie weiter südlich auf dem Ostufer der Bistritz, Solotwina und bedrohen Stanislau und Kolomea, schon hat sich der Nordflügel des Erzherzogs Joseph von Süden her in Bewegung gesetzt, während die schwächeren Gegentruppen der Russen und Rumänen an der Grenze der Moldau und am Sereth wirkungslos verpuffen.

Die Angriffe des Nordflügels der Russen, nördlich der Pripyt-Sumpfe, würden an sich keinen unmittelbaren

Sperrung des Elbverkehrs.

Am Freitag, den 27. Juli 1917, wird das Erzah-Bataillon Bismarck-Bataillon Nr. 22 in Riesa von 9 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags bei Ischava Brückenschläge über die Elbe vornehmen.

Es wird daher hiermit folgendes angeordnet:

1. Allen Personendampfern (den vorher angezeigten Sonderdampfern der Sächs.-Böhmi. Dampfschiffahrts-Gesellschaft wird die Brücke geöffnet, sofern sie nicht mit mehr als 15 Minuten Verzögerung eintreffen). Desgleichen nach Möglichkeit Gilgutdampfern der Vereinigten Elbseefahrts-Gesellschaft ohne Anhang, die sich zur fahrlässigen seit der Personendampfer vor der Brücke einfinden.

Ausgenommen von der Durchfahrt sind Rettendampfer, auch ohne Anhang und Flöherel.

2. Während der Dauer der Übung hat die Talschiffahrt bei Moritz und Mühlbach, wenn nötig, bei Rossmühle vor Auker zu geben, die Flöherel hat bei der Rossmühle und weiter aufwärts zu stellen. In jedem Falle muß das Fahrwasser für entgegkommende und überholende Schiffe, sowie für die Währen freigehalten werden.

3. Hierzu werden für die Talschiffahrt bei Moritz, für die Bergschiffahrt unterhalb Ischava Anlageposten ausgestellt. Der Standpunkt dieser Posten wird durch zwei an einer Stange übereinander befindliche rote Flaggen oder Bälle gekennzeichnet.

4. Außerdem werden 800 m oberhalb der Brücke zwei Zeichen hinaus dürfen mit die zum Durchlass berechtigten Talfahrzeuge fahren und sich bis auf 500 m der Brücke nähern. Die Bergschiffahrt hat 300 m unterhalb der Brücke zu halten.

5. Der Durchlass darf nur dann durchfahren werden, wenn auf den beiden Endpunkten an der Durchfahrt blaue Flaggen gezeigt werden.

6. Bei geöffneter Brücke regelt die Durchfahrt der Schiffe ein Bismarckposten.

7. Dampfschiffe dürfen nur langsam durch die Brücke fahren und nur soviel Kraft anwenden, als zu ihrer sicheren Steuerung unbedingt erforderlich ist.

8. Den Anordnungen der Anlageposten der Bismarcktruppe ist Folge zu leisten.

9. Zuverhandlungen werden mit Geldstrafe bis zu 60 Mark oder mit Haft bis zu 14 Tagen geahndet.

Königliche Amtshauptmannschaft Meißen als Elbstromamt.

Nr. 1135 E. am 24. Juli 1917.

Kohlenversorgung in Gröba.

Auf Grund der Bekanntmachung der Königlichen Amtshauptmannschaft Großenhain vom 23. Juli 1917 werden am 26. Juli den liegenden Hausbesitzern oder Hausverwaltern Dragebogen zugestellt. Die Hausbesitzer oder Verwalter sind verpflichtet, die Dragebogen an die in ihrem Grundstück wohnenden Haushaltungsvorstände zu verteilen, nach erfolgter Ausfüllung wieder einzusammeln und die Richtigkeit der Angaben zu bescheinigen.

Die ordnungsgemäß ausgefüllten und bescheinigten Dragebogen sind Sonnabend, den 28. Juli 1917, früh zur Abholung bereit zu halten. Die Bestimmungen der vor erwähnten Bekanntmachung der Königlichen Amtshauptmannschaft sind genau zu beachten, insbesondere wird auf die darin enthaltenen Strafbestimmungen hingewiesen.

Gröba, Elbe, am 25. Juli 1917.

Der Gemeindevorstand.

Einfluß auf den stürmischen Gang dieses deutschen Siegeszuges gewinnen können, auch wenn sie nicht blutig geschiehen würden. Das russische Heer hat sich trocken betankt und übernahm als unsichtbare Angreifer und in großen Teilen sogar als ungeeignet zur Verteidigung erwiesen.

Anzusehen aber hat sich der große Angriff, mit dem aus die gewaltige Feuerwirkung des Engländer auf sich seit sieben Tagen bedroht, noch immer nicht entzweit. Die feindliche Führung will offenbar die materielle Wirkung ihres unermüdbaren Kriegsgerätes noch über das Maß derjenigen steigern, die bei Arosa nicht zum Siege führte. Anders getragen sie sich nicht zum Sturm aufzutreten.

Die Vorstädte von Tarnopol besiegt.

Aus dem Kriegsverfassungsetter wird gemeldet: Die Truppen legten die Verfolgung des weichenden Feindes bis weit in die Nacht fort. Sie sind im Besitz der Vorstädte von Tarnopol.

Der russische Rückzug.

Am Ost-Galizien drängten unsere Truppen am 23. d. M. dem weichenden Feinde, wie an den Vortagen, ununterbrochen nach. Der russische Rückzug nimmt immer größere Dimensionen an. Die weichenden russischen Verbände konnten sich nicht einmal längs des Sereth südlich Tarnopol zu einem ernstlichen Widerstand aufzurichten. Erst östlich des Sereth begannen sie, sich wieder zu sammeln. An der Straße Trembowla-Tarnopol, 20 Kilometer südlich Tarnopol, wurde ein Angriff starker feindlicher Massen, der von Panzerautos unterstützt war, unter außerordentlich schweren russischen Verlusten abgewichen. An der Straße Bukanow-Bodajec, 15 Kilometer südlich der Eisenbahnlinie Kosowa-Tarnopol, wurde ebenfalls starker Widerstand gebrochen.

Am Nachmittag des 23. Juli haben unsere Truppen südlich des Tiefensteins bereits in breiter Front die Buhwa überwältigt, um am Abend die alten Festungen an der Buhwa zu erreichen. Der wichtige Eisenbahnbahnhof Buhwa wurde genommen, die Buhwa-Tolostwinko überschritten. In der Nacht zum 23. Juli fiel starker Regen, dem im Laufe des Tages mehrere heftige Wolkenbruchartige Gewittergüsse folgten. Die Ungunst der Witterung konnte indessen die Geschwindigkeit des Vorwärtsmarsches nicht aufhalten. Unsere Truppen, die im Regen auf blauer Erde marschiert hatten, fanden mit gleicher Frische, wie an den Vortagen, den Vorwärtsmarsch fort und treiben in alter Kämpferscheiße den Gegner vor sich her. Die Deute an Geschützen, Maschinengewehren, Minenwerfern, Panzerwagen, Schießbedarf und Kriegsgerät ist nicht zu übersehen. Auf dem Bahnhof Kosowa

berufen werden, besonders auf die Rechte, die nicht ausreichen, die Menschen zu verhindern. Die Regierung hat jetzt in Österreich eine sehr starke Militärmacht zur Verfügung erhalten. Österreichische durchdringen und unterwerfen sie Gruppen, aber dem Schießen ein Ende zu setzen. Bei einer solchen Sache, die nur eine halbe Stunde dauerte, wurden durch Wissenswerte 40 Soldaten getötet und 150 verwundet. Die Regierung ließ zahlreiche Soldaten verhaften. — Die Rote Armee sollte mit, doch 60000 Mann Panzer, Artillerie und Infanterie wegen der Unruhen in Österreich konzentriert werden.

Entfernung des Staatsrates. „Corriere della Sera“ meldet, daß in Österreich, Rostau, Kronstadt und Kiew das Staatsrecht erklart wurde. Lenin ist noch nicht aufgetreten worden. Den Gerüchten über seine angekündigte Flucht nach Finnland wird wenig Glauben geschenkt.

Der Krieg mit Amerika.

Militärische Vorbereitungen Amerikas. Im Staat New York, dessen Maßnahmen häufig für andere Staaten des Union ausliegenden sind, lädt der Gouverneur Whitman für die Zwecke der Landesverteidigung die Eintragung künstlicher Personen zwischen 16 und 50 Jahren vorzunehmen, einschließlich der Frauen. Auf die dagegen eroberten Einschränkungen wurde festgestellt, daß die Verfassung des Staates bestehende Maßnahmen nicht verbietet. Man betrachtet die Registrierung allgemein als die Vorbereitung für die Einführung eines weitreichenden — sündigen freiwilligen — Militärdienstes. Wenn also besteht das Bedürfnis, die militärischen Rüstungen größer anzulegen. In die Stammrollen sollen bis 1. September nicht — wie zuerst bestimmt — 620000, sondern 1500000 Mann eingetragen werden, wobei allerdings vorlängigweise bestimmt wird, daß die Einziehung eines solchen Heeres in den nächsten Monaten weder beabsichtigt noch durchführbar ist. — Jedenfalls deutet alles in Amerika darauf hin, daß man sich auf einen langen Krieg eust. Auch der Generalstabsoffizier Wood soll sich in diesem Sinne geführt und gesagt haben, die Vereinigten Staaten seien in den schwierigsten und langwierigsten Krieg eingetreten, den sie je zu betreten gehabt hätten.

Die amerikanischen Vorschüsse an die Verbündeten. Heute berichtet aus Washington: Die neuen Anleihen von 75 Millionen Dollar an Rusland und 60 Millionen an Frankreich lassen die Gesamtsumme der während dreier Monate an die Alliierten bewilligten Vorschüsse auf 1523 Millionen Dollar steigen.

Die Konferenz in Paris.

Panas meldet aus Paris: Die englischen und italienischen Abgeordneten sind gestern am Morgen angekommen. Privater Befehlungen haben am Vormittag zwischen verschiedenen Abgeordneten stattgefunden; sie werden nachmittags fortgesetzt werden. Wood George hat Ribot einen Besuch abgestattet und sich lange mit ihm unterhalten. Ribot empfängt Sonnabend am Nachmittag.

Eine englische Offensive. Nach einer Meldung des österreichischen Tagesschreibers sei mit dem Beginn einer großen englischen Offensive in Flandern nunmehr in jedem Augenblick zu rechnen. Die Artilleriekschlacht habe seit drei Tagen einen ungemein heftigen Charakter angenommen und dauere mit Unterbrechungen bereits eine Woche.

Englischer Heeresbericht vom 23. Juli abends. Weitere Nachrichten über die von unseren Truppen heute morgen in aller Frühe südlich von Avion ausgeführte Unternehmung ergeben, daß sie in die feindlichen Stellungen auf einer Front von 600 Yards 300 Yards tief eingedrungen sind. Abgesehen von Gefangenem wurden dem Feinde schwere Verluste zugefügt und großer Schaden an seinen Verteidigungsanlagen verursacht.

Ribot hat den italienischen Minister des Neuherrn Sonnino empfangen. Als Vertreter Frankreichs werde an der Pariser Konferenz teilnehmen Ribot, Poincaré, Haig, Leon Bourgeois, Thomas, Jonnart, Jules, Cambon, General Foch und de Margeris.

Der frühere polnische Regionsbrigadier Billudski verhaftet.

Aus Warschau wird gemeldet: Der frühere Regionsbrigadier Billudski ist in der Nacht vom Sonnabend auf Sonntag in Warschau in Haft genommen worden. Der unmittelbare Anlaß zur Verhaftung war der Umstand, daß Billudski sich beim Überschreiten der Grenze des Königreichs Polen eines Reiseausweises bedient hatte, der sich bei näherer Prüfung als gefälscht erwies.

Die amtliche Darstellung.

Tagt wird amtiellereits folgendes veröffentlicht: Man muß lebhaft bedauern, daß ein Mann, der ein Symbol der Zukunft Polens werden wollte und auch hätte werden können, vielleicht doch nicht umstehen war, den Weg aus seiner Vergangenheit in die Zukunft zu finden, den Weg aus unerledichten Komplikationen, die der jugendlichen Fantasie so teuer sind, zum offenen Schauspiel männlichen Staatsbildenden Werkens. Die Epoche, in der ein moderner auf breiter demokratischer Grundlage aufgebauter polnischer Staatsstaat vor aller Welt etabliert soll, ist keine Zeit für die Theaterrequisiten eines Verküppelner-Romantismus, der durch so viele ausgezeichnete Männer in Polen verurteilt wurde. Männer aus allen politischen Lagern, vom konservativen angefangen bis zum sozialistischen. Mitten in der ersten Arbeit für den Wiederaufbau des Königreichs Polen sind zu politischen Zwecken gefälschte Zeitschriften ein Sinnbild von Seiten, die in der Ferne der Vergangenheit zu verschwinden anfangen. Im Bewußtsein ihrer Verantwortlichkeit nicht nur den eigenen Völkern, sondern auch der politischen Allgemeinheit gegenüber und im Interesse der Vertiefung des Rechtsstaatsprinzips hat dieser Allgemeinheit und die Okkupationsbehörden entschlossen, unter keinen Umständen zuzulassen, daß sich in diesem Lande Verhältnisse herausbilden, die in keinen Rechtsstaat einzupassen.

Die Vorgesetzte der Verhaftung.

Der Verhaftung Billudschi liegt folgende Vorgesetzte zu Grunde: Billudski, der Führer der polnischen sozialistischen Partei (P.R.S.) war der Schöpfer geheimer militärischer Organisationen, die seit 1905 zweck in Galizien dann in ganz Polen sogar unter den Polen im Auslande entstanden waren. Mit Ausbruch des Weltkrieges traten die politischen Schützenorganisationen als Divisionen in die Reihen der Truppen des Mittelmärkte. Billudschi stürzte nach Krakau und erwarb ihm militärische Anerkennung. Seine Truppen eroberten sich aber Konflikte. Die Freiheitskämpfer Billudschi vermochte sich den notwendigsten militärischen Forderungen nicht unterzuordnen, nicht zu fügen, er nahm seinen Abschied und zog sich nach Lublin zurück. Nach der Proklamation des Königreichs Polen und der Schaffung des provisorischen Staates trat aber auch Billudschi wieder auf die Bühne des politischen Lebens. Er wurde Mitglied des Staates und beteiligte sich aktiv an diesen Aktionen, namentlich zur Schaffung einer polnischen Armee. Unter dem Einfluß der russischen Revolution bildete sich jedoch ein immer stärkerer Widerstand gegen den Vertreter der Linken und dem gesamten Staates, dessen politische Tätigkeit auf die Gründung eines monarchischen Staateswesens abzielte. Daher erfüllten die Mitglieder der Linken an ihrer Spitze Billudschi plötzlich ihren Aussitz. Das Auftreten, das dieser Schritt erzeugte, fand lebhaften Widerhall in der polnischen Presse. In zahlreichen Zeitungen brandmarkten die Blätter das unverkennbare und leidliche Leid der Polen. Es wurde vor allem darauf hingewiesen, daß Billudschi noch zu einer Seite, als der Vertreter des Staates für den politischen Kampf den Zug von der

Front gewählt beiden Seiten des Mittelmärkte enthielt, eine Neutralität zum Eintritt in das erkämpfte politische Ziel offiziell erklärt habe. Da manche Blätter weisen ironisch auf den Sinn von ganz unterschiedlichen Erklärungen und Handlungen des ehemaligen Brigadiers eigenmächtige und persönliche Begründung vor, die auf die Verteilung finanzieller Mittel als Begründung steht, so ist es nicht mehr auch für den weiteren Frieden und Wohlstand des Österreichischen Okkupationsgebietes, sogar in Galizien, bestrebt, politische Differenzen zu vereinigen. Der Friede, zu dem die alte Armee freihändig erworben wird, ist wie bei der neuen Armee, 270 Mark für die Tonnen. Übersehen vom freihändigen Aufkauf bleibt die Reichsregierung selbst zum Erwerb zuständig. Ihre obliegt wie bisher die Abwicklung der Hölle des Verfalls von unbekannter Art einer oder verdeckter Armee und von Mala, die Wiederherstellung in Angriff genommener Armee sowie aller Arten, in denen bereits Verhandlungen oder Verschärfungen erwartet sind.

Weitere Kriegsnachrichten.

Frosch wegen Propaganda gegen den Krieg. Aus Jugoslawien wird gemeldet: Vor einem Kriegsgericht in der Kriegszone begann ein Jugoslawen gegen eine italienische Soldaten sowie drei Offiziere wegen Propaganda gegen den Krieg und Verbreitung unmoralischer Flugschriften, in denen auch der Name Dennis vorkommt.

Die Friedenspropaganda in Frankreich. Die Clemenceau- und Chauvel-Untersuchungen bieten den Pariser Sitzungen erneut Anlaß, den Umgang der Friedenspropaganda offen zu befreien. „Ob existiert bei uns“, fragt Minister Bidon im „Petit Journal“, eine durchbare hochverratliche Propaganda. Die anarchistischen Kämpferinnen gehören nicht nur zur Gewerkschaftsbewegung, sondern auch zur Finanz der Bourgeoisie und zur politischen Welt. Unermüdlich arbeiten sie. Durch Wort und Schrift und Druck versuchen sie an der Front Meuter und Fahneneinsatz zu predigen, machen die Unzufriedenheit und den Untergang der vom Frieden beladenen schweren Gewerkschaften, sondern einen Frankreich würdigen Frieden haben, machen Regierung und Parlament für die Fortsetzung des Krieges verantwortlich, ja geben so weit, Frankreich und England als die Schuldigen am Kriege hinzustellen. Wodurch kommt das Geld für diese Propaganda? fragt Bidon? Der Minister Bayaud spricht in der „Revue“ von den verbrecherischen Landsleuten, die offen verkünden, es sei ihnen gleich, Frankreich oder „Boden“ zu sein. Capus schreibt im Leitartikel des „Sparta“, niemals sei die Warnung vor Anarchie und Verrat im eigenen Lande zeitgemäßer gewesen als heute. „Wir haben gesehen“, sagt er, „zu welchen katastrophalen Folgen diese pessimistischen Umlaute im Lande an der Front führen können.“ Alle diese Zeitungen seien hinter dieser Propaganda für den rafistischen Frieden nur deutsche Agenten, deutsche Gold und Verräte. Sie wehren sich gegen den Selbstverwaltunglichen Gedanken, daß es nach 36 Kriegsmonaten nicht der geheimnisvollen „Deutschen Hand“ bedarf, um die Winde auf ein rafistisches Ende hinzuführen.

Neue Wendung der Stimmung gegen Österreich im Feindeslager. Campolenghi, der Pariser Berichterstatter des „Secolo“ erklärt in einem langen Leitartikel, der die sogenannten Antiken Österreichs behandelt: Das Kriegsziel der Alliierten Frankreichs kommt und müßt nur die Demütigung des preußischen Militarismus und die Auflösung Österreichs sein. Die Demütigung des preußischen Militarismus bedeutet nicht die Vernichtung Deutschlands, denn Deutschland ist eine Nation, Österreich sei aber keine Nation und deshalb müsse die österreichische Monarchie verschwinden.

Baiermann ♦.

Ernst Baiermann, seit v. Bemissons Rücktritt im Jahre 1898 der Führer der nationalliberalen Reichstagsfraktion und der Landespartei ist nach langer Krankheit im Alter von 62 Jahren gestorben. Schon länger hatte man seine Stimme bei den wichtigen Handlungen vermisst, die im Handelsausschuß, wie in der Volksversammlung des Reichstages vor sich gingen. Doch diente er keinen Einfluss auch von Baden-Baden aus, an dessen heilkräftige Quellen ihn sein Gesundheitszustand fehlte, gelöst haben. Dementsprechend hat denn auch v. Tirpitz vor kurzem seine Glückwunschrede zur Wahrung der Tradition an ihnen nicht mehr unmittelbar an ihnen selbst, sondern an den Vorfahren gerichtet. Ein warmherziger Patriotismus, von dem das Verstorbene Reden und Handeln allezeit geprägt gewesen ist, werden seine Parteidienstler, wird das deutsche Gesamtvoß nicht vergessen, auch, nachdem nur seine Stimme am Berliner Königsplatz wie auf den Parteitagen von Bürgenfeld usw. verstimmt sein soll. Zumal bei den initiativ etwas hoffnungslosen Auseinandersetzungen zwischen „Jugendnationalliberalen“ und den „Alten“ entwickelte er seine Weisheit, leicht und glücklich die eintreffende Formel aufzufinden, die der Augenblick heilte. Es fehlt etwas von einem geschickten Diplomaten in Baiermann, der über Segenläufe selbst ernster Charakter halb freiwild hinwegzugehen versteht; eine Art Leichtfertigkeit, der man im schwierigsten Germanien weiter ob von seiner bairischen Grenzmark nicht so leicht begegnet. Man sieht Unrecht, ein solches Talent der Behandlung von Menschen und Dingen gering einzuschätzen. Sein Andenken wird in Ehren bleiben.

Hertliches und Sachsisches.

Wien, den 25. Juli 1917.

— Zum Ablieben des Generals v. Laffert. Seine Exzellenz General der Cav. v. Laffert ist, wie aus der Todesanzeige hervorgeht, am 20. Juli nach kurzer schwerer Krankheit, die er sich im Felde zugesogen hatte, zu Frankfurt a. M. wo er Helling ruhte, verstorben. Die Beisetzung erfolgt Freitag, den 27. Juli, nachmittags, auf dem Garnison-Friedhof zu Dresden-U. In dem Kasten, den das von dem Verstorbenen kommandierte Corps ihm widmet, heißt es u. a.: Das Corps betrachtet mit den Verlust seines altherrechten Führers, der seit 28. 11. 1916 an der Spie des Corps gehandelt hat, unter seiner Führung mit das Corps in fast drei vollen Kriegsjahren von Sieg zu Sieg geführten und hat mit äußerer Ausdauer dem feindlichen Ansturm stand gehalten. Der Name des Verstorbenen wird in der Kriegsgeschichte des Corps weiterleben! — Das Kgl. Sächs. Militärordinationsblatt veröffentlicht folgenden Allerhöchsten Erlass: Ihm das Andenken des verstorbenen Generals der Kavallerie v. Laffert, des in Krieg und Frieden höchst verdienten kommandierenden Generals des XII. (2. R. S.) Armeecorps, a. s. seit des 1. Okt.-Regts. König Albert Nr. 18, zu ehren, bestimme Ich: 1. sämtliche Offiziere des XII. Armeecorps und des 1. Okt.-Regts. Nr. 18 legen, soweit es die gegenwärtigen Verhältnisse gestatten, auf drei Tage Trauer an, 2. an der Beisetzung haben zu teilnehmen: a) eine Abordnung des XII. Armeecorps aus dem Felde nach nächster Bestimmung des Generalkommandos, b) der Kette, kommandierende General des XII. Armeecorps in Leipzig nebst einem Begleiter und mit einer Abordnung von im ganzen 3 Offizieren und 3 Unteroffizieren der Geschütztruppenteile des XII. Armeecorps, c) der Diener, 1 Domestik und ein Unteroffizier der Ordonnanzabteilung des 1. Okt.-Regts. Nr. 18 — Moritzburg, den 22. Juli 1917. Friedrich August. v. Billig.

— Die Reichsstelle für Gemüse und Obst erlässt ein Verbot für gewerbliche Konservierung von Österreich, Sonderaufzug und Stadtobst in Anblick verschiedenster Bedürfnissen und Nutzung von Obst. Ferner wird die Bekanntmachung über den Abzug von Obstzoll vom 21. Oktober 1916 aufgehoben.

— Weiblicher Aufzug vor der Reichsregierung durch die Reichsgerichtsstelle, die die Gewährleistung der Rechte neuer Freiheit übergegangen ist, ist durch eine Befreiung des Herrn Präsidenten des Kriegsministeriums nunmehr auch für den weiteren Frieden und Wohlstand der Freiheit der Freiheit der Freiheit bestimmt worden, um den Aufzug der Freiheit der Freiheit einzutreiben. Der Friede, zu dem die alte Armee freihändig erworben wird, ist wie bei der neuen Armee, 270 Mark für die Tonnen. Übersehen vom freihändigen Aufzug bleibt die Reichsregierung selbst zum Erwerb zuständig. Ihre obliegt wie bisher die Abwicklung der Hölle des Verfalls von unbekannter Art einer oder verdeckter Armee und von Mala, die Wiederherstellung in Angriff genommener Armee sowie aller Arten, in denen bereits Verhandlungen oder Verschärfungen erwartet sind.

— Weizenkostpreis. Die Verhöhung über Weizenkostpreis für Getreide, Buchweizen und Hirse aus der Ernte 1917 ist dahin zu verstehen, daß der Weizenkostpreis nicht um 20 Mark — wie es infolge eines Druckschießens heißt — sondern um 20 Mark gegen die Preise des abgelaufenen Wirtschaftsjahrs erhöht werden ist.

— Strebla. Mit dem Eisernen Kreuz 1. Klasse wurde ausgezeichnet ein Schwiegersohn des Reichskanzlersmeisters a. D. Münn aus hier, der Militärarzt Ernst Lüdemann, früher in Südwelt.

Dresden. Der Rat in Dresden hat der Schuhmacherinnung mitgeteilt, daß er sich mit der Abfertigung trage, eine städtische Schuhreparaturwerkstatt einzurichten, da ihm viele Klagen der Bevölkerung bekannt geworden seien, wonach die Schuhmacher sich weigerten, Reparaturen vorzunehmen. Die Innung legte in ihrer letzten Versammlung gegen diese Behauptung Verwahrung ein mit der Begründung, lediglich der Bedarfsmangel und der Mangel an Arbeitskräften sei daran schuld, daß die Reparaturen nicht vorgenommen werden könnten. Die Innung erachtet den Rat, falls die Errichtung einer städtischen Schuhreparaturwerkstatt sich nicht umgehen lasse, diese Werkstatt der Aufsicht der Innung zu unterstellen.

— Wilsowesawa. Eine Nadel ohnegleichen hat bei dem Gemeindeworstand Heine im Gemeinde bei Bischofswerda in Diensten stehend Knecht Willi Müller aus Großdöbschütz begangen. Weil er gefündigt war, stieß er mit einem eisernen Spaten den Ackerboden seines Dienstbieters die Jungen 10 Zentimeter weit ab, sodass die Tiere vor Schmerz und Qual fast tot worden und erst nach Minuten durch den Tierarzt wieder einigermaßen hergestellt wurden, aber auch jetzt noch große Schwierigkeiten bei der Transport- und Unterbringung haben. Müller, der als roder und verlogener Patron bekannt war, wurde wegen Sachbeschädigung (§ 141) 1 Jahr Gefängnis verurteilt.

Klingenthal. Durch spielende Kinder wurde am Freitag im nahen Dorfe Schwaderbach das Stellmühlerische Haus in Brand gesteckt. Die erwachsenen Haushalter befanden sich zur Zeit der Tat auf dem Felde, so daß von den Einrichtungsgegenständen und der sonstigen beweglichen Habe so gut wie nichts gerettet werden konnte und das Haus bis auf die Umfassungsmauer niedergebrannte.

Neueste Nachrichten und Telegramme

vom 25. Juli 1917.

Meldungen der Berliner Morgenblätter.

(Berlin.) Dem „Volksbl.“ wird aus Stockholm gemeldet, daß die schwedische Regierung es abgelehnt hat, das Reichstagssgebäude für die Konferenz der Sozialisten zur Verfügung zu stellen.

Nach der „Deutschen Tageszeit“ schreibt der „Büro-Zeitung“ zu dem deutschen Vorgehen gegen die Russen: Vermögen die Mittelmächte die Offensive noch eine Woche voller Kraft weiter zu führen, so kann den jüngsten Ereignissen in Galizien eine entscheidende Bedeutung unter Umständen ein endgültiges Auscheiden Russlands aus den Reihen der Kriegsführer zu kommen.

Der „Deutschen Tag.“ wird aus Berlin die griechische Regierung angekündigt hat, daß noch einer Meldung aus Attika aus, der griechische Staat die vorläufige Hauptstadt der griechischen

Nach einer Stockholmer Meldung der „Voss. Zeit.“ ist die Ankündigung gegen den in der Peter-Paul-Festung befindlichen russischen General Mennikampf um einen neuen Vosten bereitgestellt worden. Von Wied ist jetzt auch verfügt und vollendet wurde, daß ein unmittelbarer Angriff während der Okkupation dieser Landstriche durch das russische Siegerheer zur Last gelegt.

Die „Tal. Standard“ meldet aus Wien, daß nach einer New-Yorker Meldung des „Temps“ General Goethals keinen Rücktritt als Leiter des Schiffbauwesens der Vereinigten Staaten eingerichtet hat, da es ihm unmöglich ist, mit den Vorsitzenden des Schiffbauverbandes der Vereinigten Staaten zu einer Einigung bezüglich des Baues einer amerikanischen Handelsflotte zu gelangen, besonders in der Frage, ob Holz oder Stahlrohre.

Das „Berliner Tageblatt“ meldet aus dem Haag: Aus Holland wird dem Holl. Nieuwe Bureau“ berichtet, im Unterhause habe Bonar Law neue Zieldredges in Höhe von 800 Millionen Pfund Sterling (17 Milliarden Mark) verlangt, damit erreichen die gesamten Zieldredges für das laufende Jahr die Höhe von 1500 Millionen (30 Milliarden Mark).

Das „Berl. Tag.“ meldet aus Genf: Die griechische Regierung verbietet allen Wehrpflichtigen die Ausreise ins Ausland. Venizelos trifft zweitloses Vorbereitungen für die militärische Mitarbeit des griechischen Heeres im Bierverband.

Brennholzversorgung. Gwei soeben erschienene Verordnungen des Reichsforstamts für die Hobelverteilung regeln den Vertrieb mit Hobeln und Hobeln jeder Art in der Stadt und auf dem Lande. Vertrieben werden 1. der geläufige Haushalt, 2. der Vertrieb der Landwirtschaft, 3. der Vertrieb der Gewerbetreibenden, die weniger als 10 Tonnen, d. h. also 10000 Kubikfuß im Monat, verbrauchen oder aber, ohne Rücksicht auf den Verbrauch, zu dem nach einer Verordnung vom 17. Juni dieses Jahres nicht meldepflichtigen Betrieben gehören, wie Bäckereien, Schlächtereien, Gastronomie, Käsebäume und Badeanstalten. Der Reichsforstamt legt fest, bis zu welcher Höhe den oben genannten Verbrauchergruppen der Verzug von Brennholz gestattet ist. Ein Anspruch auf Lieferung der festgelegten Menge besteht nicht. Die Unterverteilung liegt bei den Vorständen der Gemeinden bzw. Kommunalverbänden. Demgemäß müssen die Brennholzhändler in deren Bezirken vom 1. November an ihre Vorstände zur Verfügung der Gemeinden halten mit Ausnahme der Völker, die nachweislich zur Verfolgung nichtmeldepflichtiger Betriebe bestimmt sind. Gwei müssen die Verbraucher, die Brennholz über den festgelegten Vertrieb haben, den Lieferauftrag auf Verlangen der Gemeinden zur Verfügung stellen und eventuell ablehnen. Die Ausführung dieser Bestimmungen wird durch schriftliche Verträge nachgeprüft werden; Verträge werden bekräftigt.

Bon Hoblen, Brittenen usw. aller Art dürfen die Erzeuger im Rahmenweisen Verlauf bis auf weiteres wöchentlich höchstens ein Sechstel der Menge liefern, die sie so zu

